

# Zösener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen.  
Annahme-Büroaus.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmsstr. 17)  
bei C. J. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.  
In Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei L. Streissand,  
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Nr. 83.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reichs an.

Donnerstag, 2. Februar.

Inserate 20 Pf. die geschäftsmäßige Zeitzeile oder deren Raum, Neuanlagen verhältnismäßig höher, sind an die Raiffeisenbanken zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

## Amtliches.

Berlin, 1. Febr. Der Regierungs- und Schulrat Dr. Bezzemberger zu Merseburg ist an die königl. Regierung zu Koblenz und der Regierungs- und Schulrat Dr. Lauer zu Poppelsdorf bei Bonn an die königliche Regierung zu Merseburg verfertigt worden.

Dem Thierarzt Woldt zu Gummersbach ist die von ihm bisher kommunalverwaltete Kreisstierarzt-Stelle für die Kreise Gummersbach und Waldbröl definitiv verliehen worden.

Der Bergmeister Triebel ist zum Bergmeister auf Grube von der Hennig bei Saarbrücken ernannt worden. Dem seitherigen Bergmeister Müller zu Elmen ist unter Erneuerung zum Salinen-Direktor die Direktion der königlichen Saline zu Artern übertragen und der Salinen-Direktor, Bergmeister Schröder, bisher in Artern, in gleicher Eigenschaft nach Schöneck versetzt worden.

## Vom Landtage.

## Abgeordnetenhaus.

## 6. Sitzung.

Berlin, 1. Februar; 2 Uhr. Am Ministerial-Büro, Friedberg und Kommissarien.

Der Abgeordnete Dr. Tafel hat in Folge seiner Ernennung zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Hamm sein Mandat niedergelegt.

Vom Minister der öffentlichen Arbeiten ist eine Denkschrift betreffend die Lage der preußischen Kanalprojekte eingegangen.

Zunächst werden die neu eingetretenen Mitglieder, welche den Eid auf die Verfassung noch nicht geleistet haben, vereidigt. Es sind dies die Abgeordneten Freiherr von Dalwigk, Dr. Göring, Dr. Kittel, Kreuser, Lassen (Dän.), Mosler und von Schenck. Der Abgeordnete Hörlück (Dän.), welcher ebenfalls den Eid auf die Verfassung noch nicht geleistet hat, weigert sich denselben zu leisten. Präsident von Kölle erklärt deshalb, daß derselbe auf Grund des § 6 der Geschäftsaufstellung nicht berechtigt sei, einen Sitz im Hause einzunehmen. Es wird also auch diesmal, wie in früheren Sessioen, das Mandat für erlöschene erklärt und eine Neuwahl anberaumt werden.

Der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1869, betreffend die Konsolidation preußischer Staatsanleihen wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt; die Übersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1860–81 wird der Rechnungskommission überwiesen. Hierzu bemerkt:

Abg. Hammacher. Ich bedaure nicht schon heute eine Diskussion über den zentralen Inhalt der Übersicht hier anzuregen, halte mich aber für verpflichtet, auf 2 Einnahmeteile die Konsolidation selbst zu lenken, weil dieselben in einem engen Zusammenhang mit dem in erster Leistung durchberathenen Etat stehen und wesentlich vor Beurtheilung desselben beitragen. Das sind die 2 Titel der Verwaltung der indirekten Steuern und zwar der Titel „Stempelsteuer“ und „gerichtliche Kosten und Strafen“. Wie aus der vorliegenden Übersicht hervorgeht, haben sich auch in dem hier in Betracht kommenden Geschäftsjahr die Einnahmen aus der Stempelsteuer um mehr als 5 Millionen gegen den Voranschlag vermindert und es sind die Einnahmen aus der Stempelsteuer unter dem Titel „Gerichtskosten“ um mehr als zwei Millionen gegen den Voranschlag in die Höhe gegangen. Hieraus wird nun vielfach der Schluss gezogen, daß die wirkliche Verwendung von Stempeln nachgelassen und die Einnahmen aus den Gerichtskosten sich vermehrt haben. Beide Annahmen sind unrichtig und können aus dem gegenwärtigen finanziellen Resultate der Übersicht nicht gewonnen werden, und zwar aus folgenden Gründen nicht. Es werden unter dem Titel der Stempelsteuereinnahmen nur diejenigen Einnahmen verbucht, die die Verwaltung der indirekten Steuern aus dem Verkauf von Stempelmarken und Beziehungsweise Stempelbogen einnimmt. Nun wird aber bei einem sehr namhaften Theile des Geschäftsverkehrs in unserem Lande, der seinen Ausdruck findet in den gelegentlich vorgeschriebenen Formeln der Eigentumsübertragung, der Stempel verrechnet unter dem Titel der Gerichtskosten. In dem hier in Betracht kommenden Jahre haben allein die Stempel, die im Zusammenhang mit den Auflassungserklärungen bei den Grundbuchrichtern zu bezahlen waren, mehr als 7 Mill. M. ausgemacht. Es ist deshalb nichts weniger als auffallend, daß wir unter dem Titel „Stempelernahmen“ fortwährende Herabminderungen der Einnahmen beobachten. Ich würde auf diesen Punkt weniger Gewicht legen, wenn er nicht nach mehreren Richtungen hin zu Mißdeutungen Veranlassung gäbe. Es ist hier nach also absolut ausgeschlossen, daß man aus einer Verminderung der Einnahmen sich ein Urteil bilden darf auf die Verminderung des Geschäftsverkehrs im Lande. Noch in der eben beendeten Budgetdebatte ist von einer Seite darauf hingewiesen worden, um zu zeigen, daß jene Behauptung, das Geschäft in unserem Lande sei in einer steigenden Richtung begriffen, widerlegt werde durch die vermindernden Einnahmen aus den Stempelgebühren. Wie gesagt, die Voraussetzung trifft nicht zu; aber eine wirkliche Herabminderung unserer Stempelernahmen steht im Zusammenhang mit einer reichsgerichtlichen Entscheidung vom vorigen Jahre, die auch in Zukunft ihre nachtheiligeren Wirkungen auf unsere Einnahmen aus der Stempelsteuer äußern wird. Während früher in solchen Fällen, wo bei der Gründung der Aktiengesellschaften die Einlagen nicht in Baar, sondern durch Einbringung von Objekten erfolgt, nach Anordnung der Stempelbehörde ein einprozentiger Stempel erhoben wurde, ist nunmehr durch Reichsgerichtsurteil vom Januar vorigen Jahres, wenn ich nicht irre, festgestellt, daß diese Erhebung nicht im Gesetz begründet ist. In Folge dessen hat in dem hier vorliegenden Geschäftsjahr unsere Verwaltung mehr als 900,000 Mark an Aktiengesellschaften in Rheinland und Westfalen zurückzahlt müssen; und wo gegenwärtig und in Zukunft die Bildung von Aktiengesellschaften vor sich geht, werden abweichend von der früheren Praxis der Stempelverwaltung die Stempel nicht mehr zur Erhebung gelangen können. Weiter glaubt die Finanzverwaltung, daß bei den sogenannten Auflassungserklärungen Untersuchungen und Verachtungen der Staatskasse vielfach erfolgen, indem das Objekt, für welches bei der Auflassung der Stempel zu kassieren ist, zu gering angerechnet wird. Diese Frage gelangte bereits in der vorjährigen Rechnungskommission zur Sprache und es wurde damals von mehreren Mitgliedern derselben aus ihren eigenen Wahrnehmungen festgestellt, daß diese Annahme der Vertreter der f. Staatsregierung leider auf Wahrheit sich begründet. Wenn nämlich die Auflassung und in Folge dessen die Umzeichnung eines Grundstückes vor sich geht, ohne daß der Eigentums-

Übertragung ein formell abgeschlossener Vertrag zu Grunde liegt, so haben bekanntlich die Parteien den Betrag des Vertragsobjekts anzugeben, und sofern das Geschäft ohne weitere rechtliche Wirkung zum Zug verkehrt geworden ist, also z. B. beim Kauf die Zahlung stattgefunden hat, ist es erklärlich, daß dann von einem Theile unserer Bevölkerung, der in solchen Dingen leicht zu denken pflegt, dem Interesse des Fiskus entgegengethan wird. Dergleichen läßt sich nicht ganz verhüten. Aber ich meine, es liegt im Interesse der Finanzverwaltung, daß durch den Herrn Justizminister dafür Sorge getragen werde, daß festgestellt werde, in welchem Umfang die Stempelbenachteiligung bei dergleichen Geschäften vor sich geht. Ferner halte ich es für nothwendig, daß eine verschärzte Kontrolle und Revision der Auflassungsgeschäfte bei der Finanzverwaltung unter dem Gesichtspunkte der Interessen des Staates vor sich gehe. Wenn also sämtliche Schlüsse aus der Verminderung der Stempelabgaben falsch sind, so kann ich andererseits anführen, daß die Schlüsse, die aus der Vermehrung der Gerichtskosten als aus einer Konsequenz des Gerichtskostengekés gezogen sind, ebenfalls nicht zutreffen, da unter diesen ja auch die Einnahmen aus dem Stempel angeführt sind.

In erster Berathung genehmigt das Haus den Gesetzentwurf, betreffend die Ablösung der an die Stadt Berlin für Uebernahme der fiskalischen Strafen- und Brüderbaulast in Berlin zu zahlenden Rente, in erster und zweiter Berathung den Gesetzentwurf, betreffend Abänderung der Verordnung über die Bildung und den Geschäftskreis eines evangelisch-reformirten Konsistorii in der Stadt Frankfurt a. M. vom 8. Februar 1820, sowie des organischen Gesetzes vom 5. Februar 1857 über Abänderung einiger die evangelisch-lutherische Kirchenverfassung beruhenden Bestimmungen der Konstitutions-Ergänzungsalte der Stadt Frankfurt a. M.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Ausdehnung der Wirksamkeit des nassauischen Zentralkirchenfonds und der nassauischen evangelischen Pfarr-Wittwen- und Waisenkasse auf die vormalige hessischen Theile des Konsistorial-Bezirks Wiesbaden.

Abg. Bork: Bereits in der vorigen Session hat dieser Entwurf dem hohen Hause vorgelegen. Auf den Antrag des Abg. Dr. Petri wurde der Entwurf damals an eine besondere Kommission von 7 Mitgliedern verwiesen. Diese Kommission konnte wegen Schluss der Session nicht mehr zur Durchberathung des Entwurfs kommen. Die Gründe, welche damals für die Verweisung an eine Kommission sprachen, sprechen auch heute dafür. Ich beantrage deshalb, den Entwurf an eine Kommission von 7 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Schreiber schließt sich diesem Antrage mit Rücksicht auf die eigentümlichen nassauischen Verhältnisse an.

Das Haus beschließt demgemäß.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.  
Schluß 24 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Gesetzentwurf, betr. den weiteren Erwerb von Privateisenbahnen.)

## Politische Übersicht.

Posen, den 2. Februar.

Die „Provinzial-Korrespondenz“ und andere offiziöse Stimmen äußern sich sehr befriedigt über den Verlauf der Reichstagssession. Das halbamtliche Blatt kann allerdings, wie wir schon an anderer Stelle hervorgehoben, auf die glatte Erledigung des Staats, den Hamburger Zollanschluß, das Berufsstatistikgesetz hinweisen; es gewinnt sogar dem Vorgehen der Liberalen in der Unfallversicherungsfrage und der Zustimmung zu dem kirchenpolitischen Antrag Windthorst eine freundliche Seite ab, und kommt zu dem Schlusse:

„Es ist wohl nicht unberechtigt aus diesem verhältnismäßig guten Anfang der Tätigkeit des Reichstags auch die Hoffnung herzuleiten, daß derselbe, mehr und mehr den Parteigegnern und der Partei-politik entsagend, sich in Zukunft wirksam und fördernd an den großen reformatorischen Aufgaben beteiligen werde.“

Die augenblicklich offenbar freundlicher gewordene Stimmung in offiziösen Kreisen mag man mit Genugthuung wahrnehmen. Die optimistische Auffassung von dem ferneren Verlauf der Legislaturperiode wird man aber nur unter starken Vorbehaltentheilen können. Es wird ganz davon abhängen, inwieweit der Reichskanzler Realpolitiker genug ist, bei seinen ferneren sozial- und wirtschaftspolitischen Vorlagen den im Reichstag vorwiegenden Ansichten, über die ihn doch diese erste Probe aufgeklärt haben muß, Rechnung zu tragen, seine Projekte nicht auf eine solche Spitze zu treiben, daß er in diesem und wahrscheinlich auch in jedem folgenden Reichstag scheitern muß.

Die Verlegenheit, für den Erlaß des Königs an das preußische Staatsministerium eine „dringende Veranlassung“ ausfindig zu machen und dadurch die Vermuthung zu beseitigen, der Erlaß habe als Einleitung und Androhung eines „Konflikts“ und zur Schmälerung der Rechte der Landesvertretung dienen sollen, scheint sich trotz der angeblichen Niederlage der Liberalen in der Reichstagsdebatte von Tag zu Tag zu steigern. Anfangs wurde von offiziöser Seite der Erlaß als die Antwort auf die Rede des Herrn v. Bemmelen bei der Wahlprüfungsdebatte vom 15. Dezember v. J. bezeichnet. Die „Prov.-Korresp.“ hat die Forschungen nach einer besseren Erklärung fortgesetzt und ist schließlich auf die Richter'sche Rede bei der ersten Berathung des Staats im Reichstage gerathen.

„Man konnte, schreibt sie, dies (d. h. die Kritik, welche Herr Richter an der Botschaft ausübt) für eine ungehörige Rede eines Einzelnen halten; als aber die Rede aus zufälligen Gründen im Augenblick ohne Antwort blieb, da entstand in der gesammten liberalen Presse die unwiderrührbare, wenn auch unhaltbare Auslegung, daß

jene Rede die wirkliche Antwort des Reichstags auf die kaiserliche Botschaft sei.“

Dieser falschen Auslegung einer kaiserlichen Botschaft an den Reichstag sollte also durch einen königlichen Erlass an das preußische Staatsministerium vorgebeugt werden! Die Erklärung der „Prov.-Korresp.“ trägt den Stempel der innerlichen Unwahrtheitlichkeit so deutlich an der Stirn, daß sich Niemand, der sonst nachdenken gewohnt ist, wird abhalten lassen, „nach irgend einer Nebenabsicht zu forschen“.

Nach der Landtags-Eröffnungsrede gibt sich die Staatsregierung bekanntlich der Hoffnung hin, die allgemeine Aufbesserung der Beamtenbefolbungen schon im Staatsjahr 1883/84 verwirklichen zu können. Sie glaubt, die Mittel dazu im Betrage von rund 20 Millionen Mark durch weitere Ausbildung des Systems der indirekten Steuern im Wege der Reichsgesetzgebung erlangen zu können. Die Staatsregierung hat also ihre ursprüngliche Absicht, einzelne Beamtenkategorien allein oder vorweg zu berücksichtigen, aufgegeben, und sie glaubt ebenso wenig, dem vorhandenen dringenden Bedürfnis durch eine von Jahr zu Jahr nach Maßgabe der verfügbaren Mittel weiterzuführende allmähliche Gesamtaufbesserung in wirklicher Weise abhelfen zu können. Über die Details des Aufbesserungsplanes ist noch nichts bekannt geworden und wird auch wohl vor Fertigstellung der Denkschrift, welche über die Erhöhung der Beamtenbefolbungen ausgearbeitet werden soll, nichts in die Öffentlichkeit dringen. Man darf wohl im Gegensatz zu den früheren Plänen der Regierung, wonach zunächst nur die höheren Verwaltungsbemänner vom Landrat aufwärts eine Berücksichtigung erfahren sollten, die Hoffnung aussprechen, daß namentlich auch die in Folge der Theuerung aller Lebensbedürfnisse noch schlechter als früher gestellten Subalternbeamten bei den Provinzialbehörden bedacht werden.

Der Gesandte v. Schlozer hat sich zunächst nach München begeben, um mit dem dortigen päpstlichen Nuntius über kirchenpolitische Angelegenheiten zu berathen. In parlamentarischen Kreisen sieht man auch dieser neuen Sendung nach Rom mit starker Sympathie entgegen.

Der vereinigte Verein aus dem ungarischen Delegation verhandelte, laut telegraphischer Meldung von gestern, am 31. d. über die Vorlage betreffend den außerordentlichen Kredit von 8 Millionen. Der Vorsitzende erklärte die Sitzung für eine streng vertrauliche und ersuchte um die größte Discretion darüber. Der Referent Baroš empfahl die Genehmigung der Kreditvorlage. Auf eine Anfrage Apponyi's erklärte der Reichsfinanzminister Szlavay, die Delegationen würden wieder einberufen werden, falls ein bedeutender Mehrbedarf erforderlich werden sollte. Der Reichskriegsminister, Graf Blyant, gab sodann auf die von dem Delegationsmitgliede Pulsky gestellten Fragen ausführliche Auskunft über die Zahl und den Stand der Truppen in den okkupirten Provinzen, über die dahin entsendeten Bataillone und über die Höhe der Ausruftungskosten. Der Reichsfinanzminister gab darauf in Erwiderung weiterer Anfragen aus der Versammlung ein orientirendes Bild der Situation im Inurrektionsgebiete und bemerkte, daß zu der heilweise vorhandenen Unzufriedenheit sich wohl auch einzelne sporadische Agitationen von Außen hinzugesellt hätten. Der Minister konstatierte indeß auf das Nachdrücklichste, daß die Regierungen der benachbarten Staaten der Agitation fernstehen. Es seien Maßregeln ergriffen, um eine Ausdehnung des Aufstandes nach Bosnien zu verhindern. Auf eine fernere Anfrage des Grafen Apponyi betreffs der fremden Einflüsse antwortet der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, in ausführlicher Rede und sagt, der Passus der Denkschrift, mit welchem Graf Apponyi seine Frage verbinde, beziehe sich nicht auf das Vorhandensein auswärtiger Einflüsse einer Regierung oder eines Landes. Während der letzten 6 Jahre hätten sich nicht nur in Bosnien und in der Herzegovina, sondern auf der ganzen Balkanhalbinsel eine Menge Elemente gesammelt, welche die Agitationen professionell betrieben und deren Wirksamkeit bis nach Thessalien und bis zur Donau sich erstrecke. Durch die Okkupation Bosniens und der Herzegovina seien diese Elemente daraus zwar verdrängt worden, sie hätten aber theils an den Grenzen des Landes Aufenthalt genommen, theils sich südlich selbst bis nach Konstantinopel gewandt. Solche aus allen Richtungen zurückkehrende Agitatoren bewirkten hauptsächlich die Verstärkung und Organisirung der vordem schwachen Räuberbanden, sie kannten die Schlupfwinkel und geheime Waffendepots, sodass die Räuber plötzlich mit modernen Gewehren bewaffnet auftreten könnten. Diese Elemente seien in der Denkschrift unter den auswärtigen Einflüssen gemeint. Er könne mit gutem Gewissen behaupten, daß andere von außen her kommende Einflüsse nicht vorhanden seien. In einer Zeit geheimer, sozialer und politischer Assoziationen sei es natürlich, daß Geldunterstützungen im Geheimen dem Aufstande zufließen könnten. Indem der Minister sodann auf die Besprechung der auswärtigen Beziehungen überging, die er unter Verlesung von Altenstücken erörterte,

sprach derselbe die feste Überzeugung aus von der Friedensliebe des Kaisers von Russland und des russischen Kabinetts, an dessen vorderen freundlichsten Gefügungen kein Zweifel gestattet sei und bezeichnete es als einen Irrthum, wenn man den feindlichen oder unfreundlichen Strömungen, welche etwa in größeren Kreisen Russlands sich bemerkbar machen, eine höhere Bedeutung beilege, als der höchst korrekten Haltung, welche die russische Politik nach dem Willen des Kaisers Alexander Desterreich-Ungarn gegenüber aufrechterhalte. Auch die Beziehungen zur Türkei und allen anderen Staaten seien sehr gute und hätten sich seit der letzten Session der Delegationen gar nicht oder nur zum Bessern verändert. Der Aufenthalt Ali Pacha zu Wien habe ihm, dem Minister Gelegenheit geboten, gewisse auf türkischer Seite vorhandene Vorurtheile und Besorgnisse betreffs des am Desterreich angeblich geplanten Vordringens nach Süden gründlich zu zerstreuen. Einen werthvollen praktischen Beweis dafür, daß diese Gelungenen, bilde die ausdrückliche Zusage des Sultans zu dem Eisenbahnanschluß nach Saloniki (Beifall). Das bei diesem Anlaß bekundete Vertrauen und Entgegenkommen der Pforte leite auf das Verhalten derselben gegenüber den Ereignissen in der Herzegowina. Auch die Fürsten von Serbien und Montenegro hätten Beweise ihres unzweifelhaft loyalen und korrekten Verhaltens gegeben. Betreffs Montenegro's wies Graf Kalnoky auf die Terrainschwierigkeiten hin, welche eine vollständige Absperzung der Grenze erschweren. Reichsfinanzminister Szlavay erklärte schließlich noch auf mehrere Anfragen, daß nach Bewältigung des Aufstandes die bisherige Politik der Regierung werde fortgesetzt werden. Heute Vormittag findet eine weitere Sitzung des Ausschusses statt.

Laut einer uns heute zugekommenen ausführlichen telegraphischen Meldung wurde vom Budgetausschuß der österreichischen Delegation am 1. d. Abends das außerordentliche Heeresfordernis von 8 Millionen ebenfalls berathen. In Beantwortung der vom Berichterstatter Ruz gestellten Anfragen gab der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, ähnliche Erklärungen wie im Ausschuß der ungarischen Delegation ab. Der Minister hob namentlich hervor: daß mit allen Vertragsmächten die besten Beziehungen beständen und daß er selbst Gelegenheit gehabt habe, zu konstatiren, wie wohl speziell Deutschland die Interessen Desterreichs im Orient wahnehe. Ebenso könne er versichern, daß weder der Kaiser von Russland noch auch dessen Kabinet einen anderen Wunsch hegten, als den, im Frieden mit den benachbarten Ländern zu leben und die Verträge streng zu respektieren; er zweifele nicht an der Aufrichtigkeit dieses Wunsches, um so mehr, als die inneren Fragen und die Reformen Russlands ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nähmen. Der Minister ließ sich ferner über die vollkommen korrekte Haltung Serbiens und Montenegros aus. Vom politischen Standpunkte aus sei es ein Hauptvortheil der Situation, daß die Bewegung in Bosnien eine interne Frage sei. Sollte jedoch der Fall eintreten, daß Desterreich-Ungarn mit Serbien oder Montenegro in irgend einem Konflikt gerate, so würde dies die Situation jedenfalls wesentlich komplizieren. So lange die ganze Bewegung als interne isoliert dastehe, ohne man dafür einzutragen, daß von Außen keine wirkliche Gefahr drohe. Auf eine weitere Anfrage erklärte der Minister, daß die Regierung bereits in der letzten Session die Zumuthung einer Besiegereinführung Salonic's als eine Verdächtigung zurückgewiesen habe. Von diplomatischen Unterhandlungen betreffs der internen aufständischen Bewegung könne seine Rede sein, auch seien solche von keiner Seite angeregt worden. Minister Szlavay tritt den vom Referenten gemachten Vorwürfen entgegen, rechtfertigt die Verwaltung in den okkupirten Ländern, hebt die erfolgten Steuererleichterungen hervor und weist die Drittländer noch, welche in den Angaben derselben über die Kultusverhältnisse daselbst enthalten seien. Der Minister betont, die Regierung sei bestrebt, gerecht und unparteiisch vorzugehen, und verspricht sich für die Zukunft die Erfolge davon. Der Reichskriegsminister rechtfertigte auf das Eingehendste die Einführung des Wehrgeistes in dem Okkupationsgebiet und führte aus, daß eine längere Hinausschiebung nicht ratsam gewesen wäre, da der Widerstand dagegen später wahrscheinlich noch viel bestiger aufgetreten wäre.

Auf eine Anfrage Czerkawski's erklärte Szlavay: daß das nationale Element bei der Verwaltung der okkupirten Länder entsprechend berücksichtigt werde, und bemerkte, in dem ganzen Verkehr der Behörden mit den Parteien sei das nationale Idiom in Geltung und fast der ganze Beamtenkörper sei den slawischen Nationalitäten entnommen. Der Reichskriegsminister bemerkte schließlich noch, die Vorbereitungen zur Konstriktion seien im Zuge und die Regierung habe keinen Grund, die Durchführung des Wehrgeistes zu sistiren, weil dies ein Beweis von Schwäche wäre. Nach einem Schlusssatz des Referenten wurde sodann die Sitzung geschlossen.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 1. Februar. [Die Stellung des Justiz-Ministers. Kirchenpolitisches. Die Staatsbahnverwaltung.] Es ist schwer, festzustellen, ob den Gerüchten von einer Bedrohung der Stellung des Justizministers irgend etwas Thatsächliches zu Grunde liegt; seine Freunde stellen es in Abrede, und der bekannte Umstand, daß für die Ernenntung Dr. Friedberg's bei dem Fürsten Bismarck die nahen Beziehungen des ersten zum Kronprinzen wesentlich mit ins Gewicht fielen, ist durchaus dazu angethan, den Zweifel zu verstärken. Daz man auf den konservativen Bänken wo es so viele Ministerkandidaten giebt, und auf den klerikalischen, wo man dem Justizminister sein Gutachten von 1880 über die Unmöglichkeit, abgesetzte Bischöfe auf dem Wege der Begnadigung durch die Krone wieder zuzulassen, noch immer nachträgt, den Rücktritt Dr. Friedberg's gern sehen würde, kommt augenblicklich schwerlich sehr in Betracht. Uebrigens thut man vermutlich dem Justizminister Unrecht, wenn man ihm konservativerseits mehr Widerstand gegen agrarische und klerikalseits mehr Opposition gegen kirchenpolitische Nachgiebigkeit zutraut, als anderen Mitgliedern der Staatsregierung. Die Ideen der Herren v. Fechenbach und Genossen und der "Germania" besitzen vorläufig innerhalb des Ministeriums wohl überhaupt keine Vertretung; die Gegnerschaft gegen die jetzige Substaatssordnung aber theilt Herr Friedberg, der Herrn Leonhardt gegenüber stets ein wenig das altpreußische Element vertrat, in gewissen Grenzen, wie die Vorbereitungen zu einer Revision beweisen; und abgesehen von jener Begnadigungsfrage, bei welcher das juristische

Gewissen mitsprach, wird Herr Friedberg schwerlich einer kirchenpolitischen Koncession widersprechen, welche die anderen Minister machen wollen; dazu fühlt er sich viel zu wenig als politischer Minister; war er doch auch zur Zeit des Erlaßes der Kirchenpolitischen Gesetze noch gar nicht Mitglied der Staatsregierung. — Allem Anschein nach liegen die Dinge überhaupt nicht so, daß ein einzelner Minister in der Lage wäre, gegen vom Reichskanzler und der Mehrheit der übrigen Minister betreffs der Kirchenpolitik beabsichtigte, weitgehende Zugeständnisse Widerstand leisten zu müssen: in klerikalischen Kreisen wenigstens wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß an entscheidender Stelle viel zu der Stimmung fehlt, welche das Zentrum als "versöhnlich" anerkennen würde, daß vielmehr an der grundsätzlichen Konfirmitation aller von Falk für den Staat geschaffenen Machtmittel der Hierarchie gegenüber allzu sehr festgehalten werde, als daß sich über den Ausgang der Verhandlungen über den neuen kirchenpolitischen Gelehrtenwurf etwas Bestimmtes vorhersehen ließe. Vermuthlich wird deshalb die in einigen Tagen bevorstehende erste Lesung der Vorlage über die schließliche Stellung des Zentrums dazu noch wenig Aufschluß geben; man will offenbar erst durch die Freunde in Rom, wo Herr v. Schlozer Ende der Woche seine Verhandlungen mit dem Kardinal Jacobini zu beginnen hat, erfahren, welche Aussichten der Versuch der Erweiterung des Gesetzentwurfes in Berlin und welche Chancen die Politik weiteren Widerstandes gegen das System der diskretionären Vollmachten hat, im Vatikan zuletzt gebilligt zu werden. Dem Zentrum ist es deshalb ganz recht, wenn die erste Lesung sich noch ein wenig verzögert. — Für die Behauptung, daß es kaum noch möglich ist, alle auf die Staatsbahnverwaltung dem Abgeordnetenhause zugehenden Drucksachen zu lesen, ist heute ein neuer Beleg erschienen in einem Bande von fast 300 Seiten mit zahllosen Tabellen, der den Bericht über die Ergebnisse der Eisenbahn-Berwaltung im Staatsjahr 1880—81 enthält. Von einer Prüfung und Beurtheilung des Inhalts kann zunächst natürlich nicht die Rede sein; ein flüchtiges Ueberblicken desselben zeigt, daß für die, in der Begründung der Vorlage über die weitere Verstaatlichung aufgestellte Behauptung von der bereits erfolgten Durchführung einer Anzahl Verbesserungen des Betriebes einige als zutreffend anzuerkennende Beweise beigebracht werden, so betreffs der Beseitigung bloßer Konkurrenz-Züge der früheren Privatbahnen und Einlegung neuer Züge für den Lokalverkehr, der Gleichmäßigkeit der Gütertarife, der Benutzung der Güterwagen der verschiedenen Verwaltungen u. s. w.

## I. Stadtverordnetenitzung

am 1. Februar.

Anwesend sind 21 Stadtverordnete und 6 Magistrats-Mitglieder. Vor in die Tagesordnung eingetreten wird, widmet der Vorsitzende, Geh. Kommerzienrat B. Jaffe, während die Anwesenden sich erheben, dem Amtsenten des verstorbenen Stadtverordneten, Salomon Löwinsohn, einige warme Worte, in welchen daß überaus liebhaber Interesse derselben für kommunale Angelegenheiten und seine außerordentlich erfolgreiche Thätigkeit während der langen Reihe von Jahren, in welcher derselbe der Versammlung angehört hat, hervorgehoben und die Versicherung gegeben wird, daß die Versammlung derselben stets gedienten werde. — Als dann macht der Vorsitzende einige geschäftliche Mittheilungen. Die Finanzkommission hat an Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Löwinsohn den Stadtverordneten Czapski zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Die Rechtskommission hat sich in der Weise konstituiert, daß Stadtverordneter Orgler zum Vorsitzenden, Stadtverordneter v. Jazdowski zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden ist. — Die von der Versammlung zur Unfallversicherung für die Mannschaften der Kratochwillischen Feuerwehr bemühten 116 Mark sind wegen Auflösung dieser Feuerwehr nicht zur Verwendung gelangt.

Zur Erweiterung, resp. Neuauflage der städtischen Feuerwehr-Telegraphie hat der Magistrat die Bewilligung des Beitrages von 2514 M. beantragt. Es soll danach, um Irrtümer zu vermeiden, und um eine Revision der gegebenen Signale zu ermöglichen, außer den bisherigen akustischen Glockensignal-Vorrichtungen auch ein Morse-Apparat, welcher sichtbare Zeichen hinterläßt, auf der Feuerwache verwendet werden, so daß es nicht blos hörbar, sondern auch sichtbar wird, von welcher der 23 Feuermelde-Stationen aus Feuer gemeldet wird; auch soll eine Weckerleitung zur Wohnung des Dirigenten der städtischen Feuerwehr geführt werden. — Stadtverordneter Jacoby, welcher über diese Angelegenheit berichtet, ist nach Rückprache mit Sachverständigen zu der Ansicht gelangt, daß ein Morse-Apparat nicht notwendig sei, und erachtet den Betrag von 150 M. zu den notwendigsten Anschaffungen für ausreichend. — Nachdem Stadtbaurath Gründer die aus der Anschaffung eines Morse-Apparates sich ergebenden Vortheile erörtert hat, meint Stadtverordneter Mügel darauf hin, daß die Anfangs in kleinem Maßstabe projektierte Feuerwehr und deren Einrichtungen immer größere Dimensionen annehmen und mehr Kosten verursachen, als es die beschränkten Mittel der Stadtgemeinde gestatten; es möge daher die Schlußfolgerung des Magistrats, den Zufluß zu ertheilen, womit sich Versammlung auch einverstanden erklärt.

Zur Vergabeung der Vereinigung der öffentlichen Plätze und Straßen hat gleichfalls ein Termin angestanden, bei welchem die bisherigen Unternehmer, Galfa und Schölden, die Mindestforderungen waren. Stadtverordneter Manheimer befürwortet im Namen der Finanzkommission gemäß dem Magistratsantrag Ertheilung des Zuflusses an die beiden Mindestforderer, und war in der Weise, daß in den Sommermonaten ein niedriger, in den Wintermonaten ein höherer Betrag gezahlt wird. Der Magistratsantrag wird angenommen.

Über die Angelegenheit der Restauration für den Theaterbau berichtet im Namen der Bau- und Finanzkommission, welcher diese Angelegenheit in der vorigen Sitzung überwiegen worden war, Stadtverordneter Jacoby. Danach haben zwischen dem Magistrat und dem Baumeister Wille, dem Erbauer des Theaters, Verhandlungen stattgefunden, welche zu dem Resultate geführt haben, daß Herr Wille, welcher ursprünglich für Mehrarbeiten einen Anspruch in Höhe von 86,000 M. erhob, von denen der Magistrat nur ca. 32,000 M. anerkannte, seine Ansprüche auf 47,000 M. herabge-

senkt hat, mit der Maßgabe jedoch, daß ihm diese Summe bis zum 6. d. M. ausgezahlt werde. Da außerdem noch 1192 M. für Defortationen restire, so beantragt der Magistrat, die Versammlung möge den Gesamtbetrag von 48,192 M. bewilligen. Die Finanz- und die Bau-Kommission empfehlen, wiewohl sie eine vorherige Prüfung der Baurechnungen für wünschenswert halten, doch den Vergleich als akzeptabel, und beantragen demnach, die Versammlung möge dem Magistrat die obige Summe vorschreibe zur Befreiung von Theaterbaufosten und unter der Bedingung, daß später die Baurechnungen der Versammlung vorgelegt werden, bewilligen; auch möge Herr Wille verpflichtet werden, die von ihm beim Theaterbau beschäftigten Bauhandwerker aus der obigen Summe zu befreidigen, damit diese für ihre Arbeiten nicht etwa Ansprüche an die Stadtgemeinde erheben. — Stadtverordneter v. Jazdowski empfiehlt Ablehnung des Magistrats-Antrages, da erst festgestellt werden muß, welche Mehrarbeiten von Herrn Wille ausgeführt worden sind. — Stadtverordneter Orgler meint darauf hin, daß Finanz- und Bau-Kommission sich auf eine Prüfung der Rechnung für Mehrarbeiten nicht eingelassen und daher auch den Magistratsantrag nicht empfohlen, sondern nur die Bewilligung eines Vorschusses zur Befreiung von Theaterbaufosten beantragt haben; die Schlufrechnung werde alsdann von der Versammlung geprüft werden. — Stadtverordneter Gerlach ist der Ansicht, daß die Mehrarbeiten vornemlich in Umarbeiten bestanden haben, und empfiehlt den Kommissionsantrag. — Stadtverordneter Ad. Kantorowicz meint darauf hin, daß auch die Bau-Kommission in der vorigen Sitzung, ebenso wie der Magistrat, 32,000 M. für Mehrarbeiten anerkannt habe, und bezeichnet es als notwendig, daß der Magistrat Rautelen treffe, durch welche etwaigen Klagen der Bauhandwerker gegen den Magistrat wegen Arbeiten für den Theaterbau vorgebeugt werde. — Schließlich wird der Kommissionsantrag angenommen.

Über die Mehrausgaben für die Pflasterung der neuen Thorpassage in der Verlängerung der Kl. Nitterstrasse berichtet Stadtverordneter Jacoby. Nachdem die Versammlung die Kosten für die Pflasterung von der Gartenstraße bis zum Zufuhrwege des Posen-Kreuzburger Bahnhofes bewilligt hatte, war der Magistrat mit der Fortifikation wegen Übernahme der Pflasterungsarbeiten in Verhandlung getreten. Die Fortifikation beanspruchte dafür 29,000 M., während Magistrat 21,000 M. bewilligt wollte; im Submissionstermine wurde von der Fortifikation schließlich ein Preis von 21,300 M. erzielt. Dazu sind nun aber noch Mehrarbeiten für Anschlüsse z. im Betrage von 3509 M. getreten, deren Bewilligung Stadtverordneter Jacoby beantragt. Auf Antrag des Stadtverordneten Mügel befiehlt die Versammlung jedoch vorherige Prüfung der Sache durch die Rechtskommission.

Die Spritzenremise neben der Hauptwache steht gegenwärtig, nachdem die Spritze von dort nach dem städtischen Grundstück Wronnerplatz 1 gebracht worden ist, leer und der Magistrat empfiehlt den Umbau dieses Gebäudes zu Geschäftsräumen, wofür die Kosten 6600 M. betragen würden, deren Bewilligung aus dem Altivormögen der Stadt vom Magistrat beantragt wird. Nachdem Stadtverordneter Herz über diese Angelegenheit berichtet hat, beschließt die Versammlung Überweisung derselben befußt Prüfung an die Bau-Kommission.

Mit der Vermietung eines Ladens im Stadtmaagegäude an den Topfständler S. Mannheim auf die Zeit vom 1. April 1882 bis Ende März 1883 zum Preise von 330 M. erklärt sich die Versammlung gemäß dem Magistratsantrage, über welchen Stadtverordneter Lissner berichtet, einverstanden.

Zum Vorsteher für den VI. Armenbezirk wird auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtverordneter Ziegler berichtet, Brauereibesitzer Gumprecht und zum Stellvertreter Buchbindermeister Kohlschütter gewählt.

Zu Waisenräthen werden an Stelle von ausgeschiedenen auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtverordneter Lange berichtet, gewählt: Kaufmann Nag, Kantorowicz, Kaufmann Jäkel, Kaufmann Salo Heppner.

Zum Mitgliede der Finanzkommission wird an Stelle des verstorbenen Kaufmanns Sal. Löwinsohn auf Vorschlag des Vorstehenden Sekretär Fontane gewählt.

Vom Magistrat ist der Versammlung eine Vorlage, betr. die Einführung einer beschrankten Kanalisation in der Stadt Posen, zugegangen. Das vorgelegte Projekt ist das ursprüngliche Altstadt's mit einigen Abänderungen und mit der Beschränkung, daß die festen Stoffe durch die Kanalisation nicht abgeführt werden sollen. Auf welche Weise die Aufführung dieser Stoffe erfolgen soll, darüber wird der Magistrat der Versammlung noch eine weitere Vorlage augehen lassen. Die Kosten für die Kanalisation sollen von den Hausbestattern im Verhältnis des Gebäudesteuer-Nutzungswertes getragen werden. — Stadtverordneter Brausnick, welcher über die Angelegenheit berichtet, beantragt Überweisung derselben an eine Kommission. — Nachdem die Stadtverordneten Gerlach, Dr. Osowicki, Dr. Friedländer, Dr. Wenzel, Dr. Lohmeyer, Dr. Leibnitz, Czapski, Manheimer, König, Broditz, Lange, Victor, Mügel, Ad. Kantorowicz, Kirsten, Dr. Nehfeld, Dr. Friedländer, v. Jazdowski, Fontane, Ziegler, Köstel, Jacoby, Lissner, Gerlach, Rosenfeld.

Vom Magistrat ist die Bewilligung der Kosten zur Einführung der Wasserleitung in das chemische Laboratorium und das physikalische Cabinet der Realschule, sowie eines Abdämpfungskrankens beantragt worden, wofür die Kosten 650 Mark betragen würden. Nachdem Stadtverordneter Brausnick hierüber berichtet hat, beschließt die Versammlung Überweisung an die Schul-Kommission.

Damit erreicht die Sitzung, welche 4½ Uhr Nachmittags begonnen hat, 6½ Uhr Abends ihr Ende.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 2. Februar.

— Die Rückkehr des Kardinals Ledochowski nach Posen halten die polnischen Ultramontanen immer noch für wahrscheinlich. Der "Kurier Posen" bringt heute an leitender Stelle seinen Lesern in einem längeren Artikel die am 3. Februar 1874 erfolgte Überführung des Erzbischofs Ledochowski von Posen nach Ostrowo in Erinnerung. Indem das gen. Blatt seine Befriedigung über den gegenwärtigen Stand der kirchenpolitischen Angelegenheiten zu erkennen gibt und durch alle Zeilen des bereiteten Artikels seine Hoffnung auf die Rückkehr des Erzbischofs hindurchblicken läßt, schließt es diesen Artikel mit folgenden Worten: "Wir haben keinen Grund, uns in unseren Hoffnungen abzuschwärzen. Dieselben Quellen, welche vor Kurzem so eilig von der Resignation des Kardinals berichteten, theilen heute mit, daß Dr. Busch zwar gewünscht habe, der h. Stuhl möge als erste Basis für einen Ausgleich der Resignation des Kardinals annehmen, daß ihm aber erwidert worden sei, die hervorragenden, der Kirche erwiesenen Verdienste, sowie die Rechtlichkeit und die Charakterstärke des Kardinals, die er auch unter den schwierigsten Verhältnissen an den Tag gelegt hat, gestatten dem h. Stuhl nicht darauf einzugehen, daß die Resignation des Kardinal als prinzipielle Bedingung für einen Ausgleich eingestellt werde. — Möge der 3. Februar, der für uns bis jetzt der traurige Gedächtnisstag einer schmerzlichen Trennung ist, nach Verwirklichung unserer Hoffnungen der Jahrestag des Sieges der gerechten und heiligen Sache sein!"

# Telegraphische Nachrichten.

**Karlsruhe**, 1. Februar. In der ersten Kammer wurde der Antrag eingebraucht, die Regierung aufzufordern, wegen der wachsenden Nebelausgefahr das Gesetz vom 16. April 1880 nach der preußischen Verordnung vom 29. Oktober 1879 zu ergänzen, sowie sonst geeignete Abwehrmaßregeln zu ergreifen.]

**Karlsruhe**, 1. Februar. In der zweiten Kammer begründete Röttiger die Motive für den seitens der Ultramontanen eingebrauchten Antrag auf Abänderung der Kreisverfassung, namentlich auf direkte Wahl der Abgeordneten der Kreise und längere Amtszeit der Bezirksräthe. Ferner wurde eine Interpellation eingebraucht über die Stellung der Regierung zu der Vorlage des Bundesrates betreffend die Einführung des Taxakonsinops.

**Wien**, 1. Februar. In der heutigen Sitzung des Ausschusses der ungarischen Delegation wurde der Modus der Verrechnung und die Bedeutung des Kredits berathen. An der Debatte beteiligten sich die Minister und mehrere Delegirte, darunter Graf Andrássy.

**Wien**, 1. Februar. Offiziell. Das General-Kommando in Serajewo entsandte auf die Nachricht, daß Insurgenten durch Ansammlung auf den Krbljina-Höhen die Verbindung zwischen Serajewo und Foca unsicher machen, ein größeres Streitkommando unter dem Obersten Hoze, welches am 29. Januar Rogay-Sattel von Trnova aus ersieg. Nach einem kurzen Gefecht gegen circa 100 Insurgenten wichen diese gegen Dobropolje aus. Das Gros der Insurgenten wurde auf dem Krbljina konstatiert. Die Kolonne des Obersten Hoze übernachtete auf dem Rogay-Sattel. 2 Hauptleute schwer verwundet, 1 Mann tot, 1 Mann verwundet. Die Insurgenten verloren 5 Mann. Oberst Hoze kooperiert nunmehr mit der Garnison von Foca. — Am 28. Januar fand ein Zusammenstoß zwischen Banduren von Bleibebi und Räubern, unter denen sich auch Krivocjaner befanden, statt. Die Banduren, von Dorf-Innsassen unterstützt, vertrieben die Räuber nach einem mehrstündigen Feuergefecht in das Hochgebirge, wobei ein Krivocjaner fiel und zwei verwundet wurden.

**Paris**, 1. Februar. Börse gedrückt. Das „Pariser Börsenblatt“ meldet, daß behufs Reportirung eventueller schwedender Koulissen-Engagements von Vantiers ein Garantiefonds von 20 Millionen gezeichnet worden sei.

**Paris**, 1. Februar. Nach einer Meldung aus Oran von gestern hat eine französische Truppenabteilung nach einem in 3 Tagen ausgeführten, 125 Kilometer langen Marsche eine große Razzia gegen die aufständischen Stämme vorwärts von Mechheria ausgeführt und denselben 10,000 Stück Schafe und 600 Kamele weggenommen. Die Aufständischen verloren 90 Mann an Toten.

**Paris**, 1. Februar. Die Rentenliquidation bei niedrigen Kurzen verursachte Zwangserläufe derjenigen Koulissenhäuser, welche keine Reporteurs gefunden hatten. Die Rentenkurse haben sich darauf rücktig. Die Reportirs auf die prozentige Rente gingen von 45 auf 10 Cent. herab. Die Räufe in Valeurs werden fortgesetzt. Die Besserung war zum Schlusse eine allgemeine.

**London**, 1. Februar. Die Abendblätter melden, die Königin werde sich gegen den 17. März in der Yacht „Victoria and Albert“ nach Cherbourg einschiffen, um sich nach der Schweiz zu begeben. Der Aufenthalt daselbst werde drei Wochen dauern.

**London**, 1. Februar. Das „Neuter'sche Bureau“ meldet aus Kairo vom heutigen Tage:

Arabi Ben besuchte den Präsidenten der Notabeln-Versammlung und verlangte von ihm, daß die Notabeln ihren Gegenentwurf, betr. die anderweitige Regelung der inneren Angelegenheiten, unverändert annehmen. In diplomatischen Kreisen glaubt man, daß die Notabeln der Pression der Militärpartei nachgeben, nach deren Wünsche abstimmen und von dem Khedive die Entlassung Cherif Pascha's verlangen werden. Man erwartet demnach, daß der Khedive den Ministerpräsidenten Cherif Pascha entlassen werde, um eine neue Militäremute zu verhindern.

**Southampton**, 1. Februar. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Rekaf“ ist hier eingetroffen.

Berantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

**Gewinn-Liste der 4. Klasse 165. kgl. preuß. Klassen-Lotterie.** (Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.) (Ohne Gewähr.)

**Berlin**, 1. Februar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

8 38 53 64 254 433 39 67 80 81 84 98 504 (300) 35 62  
698 705 (300) 63 95 852 86 905 56, 1040 83 87 101 203 96  
301 4 64 439 65 525 87 (300) 607 23 (600) 40 759 85 813  
2165 77 232 37 69 314 86 457 64 95 684 96 (300) 803 84  
(600) 916 23 (3000) 41, 3032 41 133 35 70 208 32 52 381 422  
515 81 (300) 699 807 9 19 26 53 (300). 4075 (600) 151 57 (300)  
75 (1500) 94 258 313 55 96 455 61 (600) 560 74 84 607 55  
735 75 836 84 (600) 987 (600) 88, 5074 137 211 81 328 43  
96 465 526 (300) 60 618 19 63 743 67 806 21 58 70 85 923  
(600) 51 57 70 84, 6005 71 (1500) 110 40 50 67 272 78 83  
352 468 567 70 (600) 604 10 44 737 804 (300) 56 66 92 910.  
7008 23 (300) 26 214 66 314 22 24 (1500) 43 62 88 463 82 87  
688 (300) 98 772 853 (600) 70 95 921 (300). 8095 101 62 270  
(300) 72 423 502 7 (300) 9 35 55 85 633 36 729 856 68 (300)  
71 (300) 90 938 52 69 92 96 (300). 9162 96 227 58 339 (600)  
54 413 (300) 585 605 737 60 (600) 67 818 57 962.  
10009 32 160 245 421 (300) 44 71 644 734 842 61.  
11002 24 31 82 140 93 240 48 359 422 82 (1500) 506 8 52 82  
601 77 79 719 (1500) 800 972 76, 12022 117 56 (300) 231 32  
(1500) 96 323 68 71 475 (600) 619 81 (300) 736 847 952 91.  
13005 96 111 59 491 503 608 11 16 801 86 919 (300). 14003  
6 30 59 71 86 138 91 217 24 395 438 60 510 617 59 90 701  
57 76 (300) 86 92 867 965, 15043 61 78 111 20 48 (300) 52  
(300) 246 67 330 98 421 24 40 (1500) 43 579 80 626 30 (300)  
87 701 49 59 816 913 38, 16004 11 39 189 (300) 204 13 57  
(300) 64 372 445 (300) 490 (300) 534 608 56 80 98 712 44  
50 811 84 922 59 (300). 17018 67 148 49 72 (300) 91 204 18  
84 366 76 88 89 443 58 64 507 85 622 718 40 848 (300) 81

901 (300) 57, 18010 170 222 32 97 345 76 542 60 64 623 32  
35 47 69 732 36 (300) 40 86 829 60 915 (3000) 30 32 70, 19056  
(1500) 97 115 49 70 222 94 350 512 629 87 771 (300) 801  
(300) 18 31 72 90 906 (300) 51 62 64.  
20014 45 51 75 (300) 122 212 45 78 344 64 406 17 85 544  
69 602 11 30 54 78 81 90 700 63 802 9 49 72 79 99 901 7 (600)  
22 24, 21015 66 127 (3000) 59 65 300 29 66 400 94 (1500) 628  
75 98 (1500) 784 867 88, 22021 56 182 92 226 470 546 92  
619 706 8 (300) 13 806 56 (300). 23023 30 62 (600) 74 103  
(300) 52 64 207 (600) 36 81 (1500) 98 302 8 497 521 96 656  
705 (1500) 7 25 50 82 803 (300) 24 58 63 (600) 906 (3000) 77  
(1500) 24088 110 24 55 56 (3000) 218 431 64 (3000) 68 512  
676 (600) 96 709 55 63 844 73 92 948 55, 25151 (300) 94 315  
50 88 426 45 693 780 905 25, 26077 112 29 87 99 214 51  
(1500) 300 31 (300) 400 574 724 27 47 50 55 94 826 73 (600)  
917 40, 27063 97 140 219 32 45 86 451 52 86 94 (300) 511  
12 (300) 67 697 723 824 68 905 43 53 80, 28012 48 116 117  
(300) 35 245 66 75 87 (1500) 357 (300) 541 (1500) 76 83 667 95  
822 25 48 57 945, 29029 92 225 54 (600) 376 403 30 77 (600)  
527 64 600 53 724 25 36 60 75 82 865 70 98 908 66 68 83.  
30010 188 214 33 (300) 61 (3000) 335 (1500) 57 71 74  
436 54 61 (1500) 509 (600) 23 26 (300) 28 65 84 88 694 739 42  
58 817 20 31 61 909 13 23 (300). 31010 (300) 71 182 260 71  
82 453 507 10 20 93 (3000) 633 47 93 705 75 802 61 917 47  
(300). 32107 28 219 95 318 (1500) 424 (1500) 46 88 551 57  
61 93 600 (6000) 742 47 (1500) 875 952, 33020 52 (300) 79  
89 106 73 298 315 47 59 418 (1500) 734 (600) 49 69 83 860  
939 (300). 34051 55 64 303 (300) 34 (300) 43 (300) 483 506 14  
43 608 9 12 60 785 89 802 70 94 955, 35029 41 122 (1500)  
64 203 91 309 (3000) 27 425 534 67 645 733 60 839 70 85  
971, 36027 50 52 (3000) 54 58 101 26 223 30 337 58 435 67  
556 98 616 705 833 65 79 909 60, 37010 28 68 170 86 201  
18 48 82 315 413 551 (3000) 677 844 910 44 56 76 84.  
38092 145 216 31 51 63 69 329 (3000) 94 451 564 76 (3000)  
89 645 81 705 60 88 840 58 76 906 (300) 16, 39016 78 81  
157 (300) 254 58 (600) 407 21 80 (1500) 529 61 645 729 (300)  
42 (300) 73 (600) 94 854 (300) 924 36.  
40007 84 91 179 82 349 440 75 (3000) 628 29 718 49 52  
63 (3000) 920 55 84 (3000) 90, 41029 33 (600) 50 151 81 (600)  
257 323 35 (600) 94 401 3 19 84 511 (300) 611 98 746 69 850  
76 (1500) 920 26 77 (6000) 88, 42023 66 (300) 127 284 324  
(3000) 75 500 29 70 96 604 (600) 706 54 78 79 813 924 46 47  
66, 43038 143 65 66 202 (15000) 412 81 99 609 39 66 750  
57 (300) 924 44, 44131 53 93 251 74 (300) 300 24 59 (1500) 86  
510 (300) 58 744 80 87 814 50 (300) 910 31 79, 45070 87 189  
91 244 65 69 91 306 (300) 36 562 72 651 69 797 (300) 847  
60 97 910 32 65 86, 46016 (300) 63 75 (300) 80 (1500) 103  
(3000) 37 201 5 94 340 42 44 74 500 3 15 65 77 675 (1500) 765  
87 815 921 22 86, 47046 192 30 (300) 40 45 (300) 59 263 362  
(300) 423 73 74 532 (300) 80 97 633 43 737 39 (3000) 45 (600)  
79 (300) 94 (6000) 814 (3000) 31 72 951 97 (1500), 48019 (3000)  
46 107 24 214 18 379 409 (3000) 15 35 (1500) 505 18 38 66  
629 709 34 819 (600) 20 (1500) 59 960 66 81, 49050 74 75 88  
113 50 70 251 67 96 98 310 34 (600) 38 78 (300) 525 31 54 80  
672 94 (300) 712 47 67 (300) 811 74 907 19 27 63 64 70 92.  
50071 78 120 210 18 26 319 20 404 44 563 742 84 (300)  
92 826 962 86 92 97, 51040 (300) 75 143 354 65 (300) 98 428  
41 55 517 30 640 (300) 60 784 842 991, 52038 136 38 70  
(1500) 72 94 (300) 245 69 99 411 12 44 51 84 530 70 92 94 669  
734 48 64 817 (600) 91 940 (600) 49, 53105 85 234 48 (1500)  
69 330 51 73 416 19 21 660 757 (600) 96 837 64 904 18 46  
78 87, 54019 28 80 91 94 97 157 230 (2000) 64 (300) 306 532  
36 75 605 (600) 46 705 82 858 94, 55041 55 (3000) 138  
(1500) 52, 1500, 214 24 33, 378 420 (2000) 15 24 530 31 (300)  
37 76 79 691 (1500) 715 72 (300) 827 36 72 (300) 97 906 24 47  
79 (3000) 56238 409 14 42 500 16 (600) 40 84 646 61 701  
62 (300) 88 838 900 46 81, 57031 81 114 25 86 (60,000) 221  
(1500) 95 (300) 317 43 446 78 91 517 615 19 20 22 63 98  
796 869 25 64 951, 58045 59 67 99 134 77 211 22 81 330  
452 63 (6 0) 65 553 654 57 762 (300) 97 825 30 36 85 909 41  
91, 59020 36 127 65 84 85 202 381 575 (300) 82 92 (600) 659  
71 700 65 81 88 825 36 (300) 92 (300) 948.  
60078 89 15 156 229 87 341 84 413 41 80 86 507 648 737 93 841  
927 93, 61062 118 92 211 (600) 26 (300) 329 60 421 91 515 619  
700 62 77 801 18 26 29 81 940 (300) 70, 62049 98 (3000) 111  
(300) 12 41 69 73 (300) 97 (6000) 216 96 311 15 47 (300)

# Produkten-Börse.

Berlin, 1. Februar. Wind: Ost. Wetter: Brachvoll. Leichter Frost.

Weizen per 1000 Kilo loko 202—235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmelde. — bezahlt, der letzter Polnischer — Markt ab Bahn, vor Januar — bezahlt, vor Februar-März — M. bez., per April-Mai 225 M. bezahlt, vor Mai-Juni 225 M. bezahlt, Juni-Juli 225 bez. Juli-August 218 bez. Sept.-Oktbr. 214 bez. Cd. bez. — Str. Regulierungspreis — Markt. — Rogen per 1000 Kilo loko 172—182 M. nach Qualität gefordert, inländischer 176 bis 179 a. B. bez., seiner inländischer — Markt ab Bahn bezahlt, hochreiner — M. ab B. bez., geringer riss. — ab B. bez., alter — Markt ab B. bezahlt, russischer und polnischer 172—178 Markt a. B. bezahlt, defekter — M. ab Bahn bezahlt, vor Februar 176—178 M. bezahlt, per April-Mai 171—171 bez. vor Mai-Juni 168—168 M. bezahlt, per Mai-Juni 168—168 bez. bezahlt, Gefündigt — Str. Regulierungspreis — Markt. — Gerste per 1000 Kilo loko 133—200 Markt nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 138—172 M. nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 139 bis 150 M. bezahlt, oft und wenig russischer 143—156 M. bezahlt, pommischer und Udermärker 142—152 bezahlt, schlesischer 151—158 bez., böhmischer 151—158 M. bezahlt, o. fein 160—164 bez., seine weiß mecklenburgischer — ab B. bez., per Februar — M. bez., per April-Mai 143 M. bezahlt, per Mai-Juni 144 bez. bezahlt, per Mai-Juli 145 bez. bezahlt, — Befund — Regulierungspreis — Markt. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaren 170—215 M. Butterware 156 bis 164 Markt. — Mais per 1000 Kilo loko 143—153 nach Qualität gefordert, per Februar — Markt, Januar-Februar — M. per April-Mai 140½ Markt, per Mai-Juni 139 Markt. — Befund. — Befund. — Regulierungspreis — M.

Berlin, 1. Februar. Nach den aus Paris vorliegenden Nachrichten, die über den Fortgang der dortigen Liquidation ungünstiges meldeten, hätte man wohl voraussehen müssen, daß die Stimmung des heutigen Geschäfts gebrückt, zum mindesten doch unentschlossen sich erweisen würde, um so mehr als auch die Reichsbank sich veranlaßt gegeben hat, dem Vorgange der englischen und belgischen Bank zu folgen und die offiziellen Diskontsätze um 1 Prozent zu erhöhen, so daß jetzt der Diskont für Wechsel 6, und der für Lombard 7 Prozent beträgt. Der Verlauf der heutigen Börse entsprach nun in keiner Weise diesen Voraussestellungen, die Tendenz war von Anfang an sehr fest, und wenn auch in der zweiten Hälfte der Börsentunde eine Abschwächung eintrat, so gewann die Festigkeit doch bald wieder die

## Gold- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 1. Februar 1882.

Bremische Fonds u. u. Geld-

Course.

Preuß. Dom. Anl. 4 164,80 b3

do. neue 1876 4 100,70 b3 G

Staats-Anleihe 4 100,60 b3

Staats-Schuld. 3 99,00 b3

Ob. Deichs.-Ob. 4 103,30 G

Berl. Stadt-Ob. 4 102,20 b3 G

do. do. 3 95,25 G

Südw. d. B. Kfm. 4

Brandst. Briefe:

Berliner 5 109,00 B

do. 4 104,25 b3

Brand. Central 4 100,40 b3

Kur. u. Neumärk. 3 95,00 b3

do. neue 3 91,00 b3

do. 4 100,50 b3

do. neue 4 102,00 G

U. Brandbg. Kred. 4 100,30 b3

do. do. 4 100,30 b3

Westkr. rittersch. 3 82,80 G

do. 4 100,40 b3

do. I. B. 4 100,20 b3

do. II. Serie 4 103,50 G

Reudsch. II. Serie 4 100,25 G

do. do. 4 103,25 G

Bösenische, neue 4 100,20 b3 G

Sächsische 4

Pomm. 3 89,80 b3

do. 4 100,25 b3

do. 4 101,50 b3

Schlesische altl. 3 83,80 G

do. alte A. 4

do. neue I. 4

Rentenbriefe:

Kur. u. Neumärk. 4 100,30 b3 G

do. 500 Gr. 16,23 b3 G

Dollars 16,67 G

do. 500 Gr. 13,97 G

Engl. Banknoten 20,44 b3

do. einkl. Leipz. 21,50 b3 B

Franz. Banknot. 170,95 b3

do. Silbergulden 207,50 b3

Russ. Noten 100 Rbl. 207,50 b3

Deutsche Bonds.

Dtch. Reichs-Anl. 4 101,00 b3

P.A. v. 55 a 100 Th. 142,60 G

Hess. Pr. d. a 40 Th. 300,00 b3 G

Bad. Pr. d. v. 67. 4

do. 35 f. Oblig. 216,00 b3 G

Boir. Präm. Anl. 4 136,00 B

Braunsch. 20 Th. 101,25 b3

Brem. Anl. v. 1874 4 101,50 b3

Cöln-Wdr. Pr.-Anl. 126,30 G

Dess. St.-Pr.-Anl. 123,10 b3

Goth. Pr.-Pfdbr. 120,90 b3

do. II. Abth. 117,50 b3

Hamb. 50-Thdr.-L. 187,75 b3

Büdeder. Pr.-Anl. 178,40 b3

Reichs. Eisenbahn. 94,00 b3

Reiniger. 27,70 b3

do. Pr.-Pfdbr. 119,25 b3 B

Oldenburger. 149,90 b3

D.-G.-E.-B.-Pf. 110 104,80 b3

do. 95,90 b3

Dtch. Hypoth. unl. 104,00 B

do. do. 102,30 b3

Mein. Hyp.-Pf. 101,00 b3 G

Krdb. Gdfr.-S. 100,00 G

Pomm. Hyp.-Pfdbr. 6

Pomm. B. 120 100,00 B

do. III. IV. 110,50 103,00 B

Pomm. III. rd. 100,50 99,80 b3

Br. C.-B.-G.-Br. rd. 100,50

do. do. 110,50 113,50 B

Br. E.-B.-Pfdbr. 100,50 105,61 G

do. do. 100,50 103,30 b3

Br. (1872 u. 74) 4

do. (1872 u. 73) 5

Br. Hyp.-A.-B. 120 4 104,50 b3 B

do. II. rd. 100,50 100,00 G

Schle. Bod.-Cred. 5 102,90 G

do. do. 105,80 b3

Stettiner Nat. Hyp. 5 100,40 b3

do. do. 102,50 b3 G

Europäische Obligat. 5 109,50 b3

Amerik. gel. 1881 6

do. Wos. (und.) 6

Norweger Anleihe 4

Newyork. Std.-Anl. 6

Österri. Goldrente 4 78,75 b3

Österri. Renten 4 62,80 b3 G

Levigator. Credit. 4 67,50 b3

do. Discontob. 4 107,00 b3 G

Magdeb. Privat. 4 116,25 G

Medlb. Bodencred. 4 60,25 G

do. Hypoth.-B. 4 97,00 b3 G

Reining. Credit. 4 8,75 b3 G

do. Hypothet. 4 91,25 b3

do. Kredit. 4 94,00 b3 G

Norddeutsche Ban. 4 170,00 b3 G

Nord. Grundredit. 4 50,25 b3 G

do. do. 1854 4 326,00 b3

do. Lott. A.-B. 1860 5 129,00 b3

do. do. 1860 5 220,00 b3 G

do. do. 1864 5 190,00 b3

do. do. 1864 5 220,00 b3 G

do. do. 1866 5 140,10 b3

do. 5. L. Stiegl. 5 140,10 B

do. 6. do. do. 83,90 b3

do. 7. do. do. 11,50 b3

do. 8. do. do. 55,80 b3

do. 9. do. do. 11,50 b3 B

do. 10. do. do. 11,50 b3 B

do. 11. do. do. 11,50 b3 B

do. 12. do. do. 11,50 b3 B

do. 13. do. do. 11,50 b3 B

do. 14. do. do. 11,50 b3 B

do. 15. do. do. 11,50 b3 B

do. 16. do. do. 11,50 b3 B

do. 17. do. do. 11,50 b3 B

do. 18. do. do. 11,50 b3 B

do. 19. do. do. 11,50 b3 B

do. 20. do. do. 11,50 b3 B

do. 21. do. do. 11,50 b3 B

do. 22. do. do. 11,50 b3 B

do. 23. do. do. 11,50 b3 B

do. 24. do. do. 11,50 b3 B

do. 25. do. do. 11,50 b3 B

do. 26. do. do. 11,50 b3 B

do. 27. do. do. 11,50 b3 B

do. 28. do. do. 11,50 b3 B